

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Fraktion Die Linke

Die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung endlich auch in Berlin einführen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Berlin die Voraussetzungen für die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung nach sexueller Gewalt zu schaffen. Dabei sind die Erfahrungen und Bedarfe bei der von Polizei oder Staatsanwaltschaft angeordneten Spurensicherung und der gerichtsfesten Dokumentation, die Erfahrungen in Krankenhäusern bzw. Arztpraxen und in Beratungsstellen für Opfer von sexueller Gewalt sowie Modelle in anderen Bundesländern zu berücksichtigen.

Die Kosten für die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung sind anteilig von den für Gesundheit, Inneres und Justiz zuständigen Senatsverwaltungen zu tragen. Zu prüfen ist, in welchem Rahmen auch andere Kostenträger hinzugezogen werden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2015 zu berichten.

Begründung:

Zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Opfer von sexueller Gewalt muss das Angebot zur anonymen, anzeigenunabhängigen Spurensicherung möglichst flächendeckend sein.

Es hat sich in den Bundesländern, die bereits seit einigen Jahren diese anzeigenunabhängige Spurensicherung anbieten, gezeigt, dass sowohl zentrale als auch dezentrale Angebote genutzt

werden und mit einem flächendeckenden Angebot eher die Möglichkeit besteht, eine Straftat zur Anzeige zu bringen.

In den Krankenhäusern und Kliniken Berlins besteht zu jeder Zeit die Möglichkeit, eine verletzte Person aufzunehmen und die Person weiter medizinisch zu versorgen, ohne dass es zwingend zu einer Anzeige kommt.

Die in einem Krankenhaus bereits vorhandenen Ressourcen sind zu nutzen und ggf. um Spurensicherung zu erweitern oder das Angebot der Gewaltschutzambulanz ist zu erweitern. Das Personal ist durch das rechtsmedizinische Fachpersonal zu schulen.

Die Lagerung der ermittelten Spuren erfolgt im rechtsmedizinischen Institut der Charité. Es geht darum, rechtssichere Beweismittel zu sichern. Sollte es zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Anzeige kommen, können die ermittelten Spuren auch vor Gericht verwendet werden.

Berlin, den 25. November 2014

Pop Kapek Kofbinger Thomas
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Sommer
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke